

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 05.12.2017**

öffentlich

Ort: Stadthaus
Festsaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 18:01 Uhr bis 20:41 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Dr. med. Detlef Wend	Ausschussvorsitzender SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Christina Greiner	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Thomas Hesse	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mirko Petrick	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Sascha Richter	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Petra Schneutzer	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Susanne Willers	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beate Gellert	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Kerstin Köferstein	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jörg Rommelfanger	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Helga Schubert	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Steffen Kohlert	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Heike Wießner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Teilnahme bis 20:10 Uhr
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Melanie Ranft	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss Teilnahme bis 20:25 Uhr
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Verwaltung

Dr. Christine Radig	Abteilungsleiterin Abteilung Schule
Heike Schaarschmidt	Referentin für Bildung und Soziales
Christian Loll	Teamleiter Team Fördermittel
Katrin Neumann	Jugendpflegerin
Renè Lukas	stellv. Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Dr. Toralf Fischer	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Richter Bruno Glomski	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Ronny Grasse	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tilo Kurth	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Romy Mederake	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tatjana Privorotskaja	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Steinicke	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nico Teschner	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Susanne Wildner	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu Kinder und Jugendsprechstunde

Es gab keine Fragen zur Kinder- und Jugendsprechstunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Wend eröffnete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Wend wies auf den Dringlichkeitsantrag

der CDU/FDP-Fraktion zur Bearbeitung der Prioritätensetzung für die Schulsozialarbeit in Halle (Saale) im Rahmen des ESF-Programms „Schulerfolg sichern“. Vorlage: VI/2017/03660

hin und bat nach Ausführung der Notwendigkeit, um Abstimmung zur Aufnahme der Dringlichkeitsvorlage auf die Tagesordnung.

Herr Schachtschneider führte in den Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Brederlow bemerkte, dass sie gegen die Dringlichkeitsvorlage spricht. Der Termin ist verstrichen und die Anträge und Stellungnahmen sind bereits beim Zuwendungsgeber eingetroffen.

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Da es keine weiteren Änderungen zur Tagesordnung gab, rief **Herr Dr. Wend** zur Abstimmung der geänderten Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
- 2.1. Dringlichkeiten
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 05.10.2017
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 07.11.2017
- 3.3. Genehmigung der Niederschrift vom 16.11.2017
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02672
- 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)", Vorlage: VI/2016/02672
Vorlage: VI/2017/03591
- 5.1.1.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage mit der Vorlagen-Nummer VI/2016/02672
Vorlage: VI/2017/03668
- 5.1.2. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2017/03667
- 5.2. Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe gemäß der Jugendhilfeplanung §§ 11-13, 14, 16 SGB VIII in der Stadt Halle (Saale) -
Prioritätensetzung 2018 und 2019
Vorlage: VI/2017/03401
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Ausschreibung des Fanprojektes an einen freien Träger
Vorlage: VI/2017/03457
- 6.2. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Kita-Versorgung von Kindern mit fremdsprachigem Hintergrund
Vorlage: VI/2017/03286

- 6.3. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Änderung der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhauses
Vorlage: VI/2017/03069
- 6.4. Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Bearbeitung der Prioritätensetzung für die Schulsozialarbeit in Halle (Saale) im Rahmen des ESF-Programms „Schulerfolg sichern“.
Vorlage: VI/2017/03660
- 7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8. Mitteilungen
- 8.1. Vorstellung Projekt LösBar
- 8.2. Aktueller Stand LQE-Verhandlungen
- 8.3. Arbeitsstand Erstellung eines Präventionskonzeptes
- 8.4. Bericht zur Situation von geflüchteten Kindern und Jugendlichen
- 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9.1. Frau Haupt zum Thema Schulverweigerer
- 10. Anregungen
- 10. 1 Themenspeicher

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 05.10.2017

Die Niederschrift vom 05.10.2017 wurde ohne Änderungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 07.11.2017

Die Genehmigung der Niederschrift vom 07.11.2017 wurde vertagt.

zu 3.3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.11.2017

Die Genehmigung der Niederschrift vom 16.11.2017 wurde vertagt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gab keine Bekanntgabe von gefassten Beschlüsse in der nicht öffentlichen Sitzung.

„Der Kostenbeitrag ist in voller Höhe auch dann zu entrichten, wenn das Kind die Kindertageseinrichtung bzw. Kindertagespflegestelle aufgrund von Erkrankung, Urlaub und sonstigen Gründen nicht besucht. Der Kostenbeitrag ist in voller Höhe auch während der Betriebsferien, ~~bei Brückentagen streikbedingter Schließung oder anderen Schließzeiten der Kindertageseinrichtung oder Tagespflegestelle~~ sowie bei Urlaub oder Erkrankung der Tagespflegeperson zu entrichten.

Konnte das zu betreuende Kind wegen streikbedingter Schließungen oder Schließungen aufgrund von Schadensereignissen (insbesondere infolge von Hochwasser, Orkan, Brand, Wasserrohrbruch, Vandalismus) an mehr als drei aufeinanderfolgenden Tagen die Kindertageseinrichtung bzw. Kinderpflegestelle nicht besuchen, wird der Kostenbeitrag ab dem vierten Tag entsprechend gemindert. Die Höhe der Reduzierung des Beitrages beträgt für jeden Tag, an dem die Betreuung ausgefallen ist, 1/20 des monatlichen Kostenbeitrages. Eine Reduzierung entfällt, wenn durch die Stadt Halle ein alternatives Betreuungsangebot unterbreitet wurde.“

**zu 5.1.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage mit der Vorlagen-Nummer VI/2016/02672
Vorlage: VI/2017/03668**

Herr Dr. Wend brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Brederlow bemerkte, dass in dem Änderungsantrag die besonderen Härtefälle erwähnt sind. Sie bat um eine detaillierte Erklärung.

Herr Dr. Wend gab bekannt, dass er dazu keine Stellung nehmen kann.

Herr Schachtschneider wollte wissen, worauf sich die Härtefälle beziehen und wie ein besonderer Härtefall deklariert wird.

Herr Dr. Wend teilte mit, dass es für die Familien gedacht ist, die im Moment selber zahlen müssen und kurz vor der Förderung stehen.

Frau Ranft erläuterte, dass ihre Fraktion den Änderungsantrag der SPD Fraktion nicht übernimmt. Die Berechnung der Härtefälle erweist sich als schwierig.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Dr. Wend** um Abstimmung des Änderungsantrages bat.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Änderungsantrag wird geändert und erhält folgende Fassung:

§ 4 Absatz 3 in § 1 der 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) wird geändert und erhält folgende Fassung:

„Der Kostenbeitrag ist in voller Höhe auch dann zu entrichten, wenn das Kind die Kindertageseinrichtung bzw. Kindertagespflegestelle aufgrund von Erkrankung, Urlaub und sonstigen Gründen nicht besucht. Der Kostenbeitrag ist in voller Höhe auch während der Betriebsferien, bei Brückentagen sowie bei Urlaub oder Erkrankung der Tagespflegeperson zu entrichten.“

Konnte das zu betreuende Kind wegen streikbedingter Schließungen oder Schließungen aufgrund von Schadensereignissen (insbesondere infolge von Hochwasser, Orkan, Brand, Wasserrohrbruch, Vandalismus) an mehr als drei aufeinanderfolgenden Tagen **oder in Fällen besonderer Härte bereits ab dem ersten Tag** die Kindertageseinrichtung bzw. Kinderpflegestelle nicht besuchen, wird der Kostenbeitrag ab dem vierten Tag entsprechend gemindert. Die Höhe der Reduzierung des Beitrages beträgt für jeden Tag, an dem die Betreuung ausgefallen ist, 1/20 des monatlichen Kostenbeitrages.

Eine Reduzierung entfällt, wenn durch die Stadt Halle ein alternatives Betreuungsangebot unterbreitet wurde.“

zu 5.1.2 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)Vorlage: VI/2017/03667

Herr Schachtschneider brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Ranft erkundigte sich nach dem Grund der Antragsstellung,

Herr Schachtschneider teilte mit, dass es im Stadtrat letzten Jahres eine Diskussion über diesen Sachverhalt gab. Es wurde dabei thematisiert, wie das Geld, das praktisch nicht zurückerstattet werden musste, weiter zu verwenden ist. Derzeitig besteht dazu keine eindeutige Regelung.

Frau Brederlow bemerkte, dass diese Vorlage im Betriebsausschusses Eigenbetrieb Kindertagesstätten mehrfach vertagt wurde. Sie schlug vor, den Tagesordnungspunkt 5.1 zu vertagen, weil die Änderungsanträge der SPD Fraktion und CDU/FDP Fraktion erst heute eingegangen sind und somit keine Überprüfungen zum Inhalt stattfanden.

Frau Ranft plädierte dafür, den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzustimmen. Sie bat darum, dass Herr Hesse die Ansicht der Eltern schildert.

Herr Hesse stellte fest, dass der Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eindeutig regelt, dass es keine Rückzahlung gibt, wenn Ersatzplätze angeboten werden. Dieser Vorgang hat sich in der Stadt Halle bewährt. Die Stadelternvertretung hat sich bei der Diskussion Gebührenerstattung positioniert und wird den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürworten.

Frau Gellert hält eine heutige Abstimmung für notwendig.

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung zur Vertagung des Tagesordnungspunktes 5.1.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Herr Schachtschneider bemerkte, dass es im Antrag bzw. in der Satzung keinen Hinweis auf eine Antragstellung gibt. Er fragte, ob das Geld unaufgefordert zurückerstattet wird.

Frau Brederlow teilte mit, dass es nicht inhaltlich im Antrag bzw. in der Satzung aufgeführt wird. Unter allen Umständen muss aber eine nachweisliche Antragstellung vorliegen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Dr. Wend** um Abstimmung des Änderungsantrages bat.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der §4 der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) wird wie folgt geändert:

§ 4

Entstehen und Ende der Kostenbeitragsschuld

(3) Der Kostenbeitrag ist in voller Höhe auch dann zu entrichten, wenn das Kind die Kindertageseinrichtung bzw. Kindertagespflegestelle aufgrund von Erkrankung, Urlaub und sonstigen Gründen nicht besucht. Der Kostenbeitrag ist in voller Höhe auch während der Betriebsferien, ~~streikbedingter Schließung~~ oder anderen Schließzeiten der Kindertageseinrichtung oder Tagespflegestelle sowie bei Urlaub oder Erkrankung der Tagespflegeperson zu entrichten.

Ergänzung:

Bei streikbedingter Schließung ist der Kostenbeitrag bis zum 10 Tag des Streiks in voller Höhe zu entrichten. Ab den 11 Streiktagen besteht ein Anspruch auf Erstattung bis zum Streikende.

zu 5.1 **2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle(Saale)**
Vorlage: VI/2016/02672

Herr Dr. Wend um eine abschließende Abstimmung der Vorlage. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle(Saale)

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale).

zu 5.2 Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe gemäß der Jugendhilfeplanung §§ 11-13, 14, 16 SGB VIII in der Stadt Halle (Saale) – Prioritätensetzung 2018 und 2019 Vorlage: VI/2017/03401

Frau Brederlow führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Kramer bedankte sich für die zeitige Bekanntmachung dieser Vorlage. Er gab zur Kenntnis, dass die freien Träger und Herr Dr. Wend zur einer gemeinsamen Meinungsbildung eingeladen wurden. Dabei wurde vorgeschlagen, alle Beschlüsse die Förderungen im Jahr 2018 betreffen abzustimmen.

Für Förderungen im Jahr 2019 sollte keine Abstimmung vollzogen werden, weil noch wichtige Aspekte fehlen. Er schlug vor, das Projekt „Grüne Villa“ mit der lfd. Nummer 28 mit einer halben Stelle weiter zu fördern. Das Projekt läuft zum 31.12.2017 aus.

Der Antrag der Freiwilligen Agentur mit der lfd. Nummer 49 ist ein Patenprojekt, das bisher fremdfinanziert wurde. Dieses Projekt läuft ebenfalls zum 31.12.2017 aus.

Des Weiteren bat er über das SCHIRM Projekt Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ Halle Saalekreis e.V. mit der lfd. Nummer 39 heute zu beschließen. Er teilte mit, dass dieses Projekt sehr lange mit 90.000 Euro gefördert wurde. Im letzten Jahr wurde eine Förderung über 100.000 Euro gewährleistet.

Herr Kramer informierte, dass der gegenwärtige Leistungsumfang des SCHIRM Projektes mit der dazugehörigen Finanzierung nicht ausreichend ist. Das Projekt benötigt eine Summe von zusätzlich 15.000 Euro.

Er betonte, dass die heutige Abstimmung das Jahr 2018 betrifft. Die Anträge für das Jahr 2019 sollen zurückgestellt werden, um dann abschließend darüber in der Januarsitzung abzustimmen.

Herr Dr. Wend schloss sich diesem Vorgehen an, dass heute alle Projekte von 2018 abgestimmt werden, die ein „ja“ im Bestandteil des Jugendhilfeplanes haben. Des Weiteren werden auch die erwähnten Projekte von Herrn Kramer abgestimmt.

Frau Haupt wollte wissen, ob über eine Vollzeitstelle für das Projekt „Grüne Villa“ im Januar 2018 verhandelt werden könnte.

Herr Kramer teilte mit, dass das Projekt „Grüne Villa“ noch Zeit benötigt, um Erfahrungen zur Umsetzung ihrer Arbeit zu sammeln. Eine halbe Stelle schätze er deshalb für 2018 als ausreichend ein..

Frau Brederlow betonte, dass die gesamte Beschlussvorlage nicht beschlossen werden kann. Es werden die Teile, die zur Förderung 2018 vorgeschlagen wurden, plus die drei erwähnten Projekte von Herrn Kramer abgestimmt. Sie machte darauf aufmerksam, dass die heutigen Projekte dann unwiderruflich beschlossen werden.

Frau Gellert regte eine rechtzeitige Entscheidung über diese Beschlussvorlage im November 2018 bzw. Dezember 2018 an.

Frau Brederlow wies die Aussage von Frau Gellert zurück. Sie bemerkte, dass eine schnellstmögliche Umsetzung angestrebt wurde, um die heutige Beschlussvorlage Anfang Dezember zu behandeln. Weiterhin ist zu beachten, dass alles unter Haushaltsvorbehalt steht.

Herr Schachtschneider verdeutlichte, dass heute die Projekte 2018 beschlossen werden und somit abgelehnte Projekte auszuklammern sind. Demzufolge wird nicht der Verwaltungsvorschlag „Ablehnung“ beschlossen.

Frau Brederlow bestätigte dies.

Frau Wiesner bemerkte, dass das SCHIRM Projekt einen Eigenanteil von 44,18 % besitzt. Sie wollte wissen, ob dort die Drittmittel als Eigenmittel aufgeführt sind.

Herr Kramer teilte mit, dass das SCHIRM Projekt ein exponiertes Projekt mit vielen Spenden ist, in Folge dessen ergibt sich einer hoher finanzieller Eigenanteil.

Herr Dr. Wend bemerkte, dass zwei Träger den Hinweis der Stadtverwaltung erhielten, eine weitere Förderung schnellstmöglich zu beantragen. Diese wurde in kürzester Zeit beantragt, aber wegen Verfristung abgelehnt.

Frau Brederlow schilderte, dass immer wieder verfristete Projekte vorliegen. Diese können erst nach der kompletten Abstimmung in die Förderung aufgenommen werden. Sie betonte, dass kein Träger genötigt wird, einen Antrag zu stellen.

Herr Dr. Wend wies daraufhin, dass zur vorliegenden Beschlussvorlage Mitwirkungsverbote für Ausschussmitglieder bestehen.

Herr Dr. Wend rief zur Behandlung der Projekte des Sozialraumes I auf.

Die Mitglieder, die einem Mitwirkungsverbot gemäß § 33 KVG LSA unterlagen, setzten sich in den Gästeraum.

Befangene Mitglieder: Sparte A - **Frau Susanne Willers**

Herr Dr. Wend

Laufende Nummer 1. IRIS e.V. „Allgemeine Arbeit mit Familien“ 2018
Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Herr Dr. Wend

Laufende Nummer 3. Caritas Regionalverband Halle e.V. 2018

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Dr. Wend rief zur Behandlung des Sozialraumes II auf.

Die Mitglieder, die einem Mitwirkungsverbot gemäß § 33 KVG LSA unterlagen, setzten sich in den Gästeraum.

Befangene Mitglieder: Sparte A - **Herr Dr. Wend, Heike Wießner**

Frau Gellert übernahm die Sitzungsleitung.

Frau Gellert

Laufende Nummer 12. Deutscher Kinderschutzbund - Bezirksverband Halle e.V.

Vom Wissensdurst zum NervenKITZel – frühkindliche Bildung 2018

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Frau Gellert

Laufende Nummer 14. Deutscher Kinderschutzbund - Bezirksverband Halle e.V.

Allgemeine Förderung von jungen Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund 2018

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Frau Gellert

Laufende Nummer 15. Kinderland Halle GmbH 2018

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Dr. Wend rief zur Behandlung des Sozialraumes III auf.

Die Mitglieder, die einem Mitwirkungsverbot gemäß § 33 KVG LSA unterlagen, setzten sich in den Gästeraum.

Befangene Mitglieder: Sparte C - **Frau Beate Gellert**

Herr Dr. Wend

Laufende Nummer 19. CVJM Familienarbeit Mitteldeutschland e.V.

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Dr. Wend rief zur Behandlung des Sozialraumes IV auf.

Die Mitglieder, die einem Mitwirkungsverbot gemäß § 33 KVG LSA unterlagen, setzten sich in den Gästeraum.

Befangene Mitglieder: Sparte A - **Frau Gaby Hayne, Herr Schachtschneider**

Herr Dr. Wend

Laufende Nummer 28 Aktionstheater Halle e.V. Kulturwerkstatt Grüne Villa/Fachkräfteantrag

Herr Kramer schlug vor, eine weitere halbe Vollzeitstelle mit 40.000 Euro einzubringen.

Frau Haupt erwähnte, dass dieses Projekt einen hohen Zulauf hat und dabei sehr gute Arbeit leistet. Sie beantragt daher eine Vollzeitstelle.

Frau Brederlow bat um eine Positionierung des Fachbereiches Bildung.

Herr Loll berichtete, dass die vorgeschlagenen 40.000 Euro von Herrn Kramer für die finanziellen Auswirkungen unproblematisch sind. Hierbei belaufen sich die Personalausgaben auf 24.000 Euro und die Sachausgaben auf 16.000 Euro. Die Summe von 40.000 Euro für eine halbe Stelle wäre somit umsetzbar.

Frau Neumann teilte mit, dass sie diese Arbeit aus fachlicher Sicht befürworten kann. Sie betonte, dass sie dem Träger einen Förderungsantrag empfohlen hat, weil sie am Standort „Kulturwerkstatt Grüne Villa“ den Bedarf sieht.

Frau Brederlow bat um genaue Erläuterung zur eigentlichen Anfrage der unterschiedlichen Stellenförderungen.

Frau Neumann erklärte, dass eine halbe Stelle ein Basisangebot sichern würde. Eine ganze Stelle würde einen Qualitäts- und Quantitätszuwachs sichern.

Herr Kramer wollte wissen, ob die Möglichkeit besteht die 40.000 Euro jetzt zu beschließen und den Rest in der Januarsitzung zu besprechen.

Herr Dr. Wend stellte fest, dass es formal richtig wäre, diese Abstimmung zu verschieben.

Frau Haupt fügte hinzu, sie sei optimistisch, dass mehr Geld für die Jugendhilfe eingestellt wird. Damit könnte eine ganze Stelle abgesichert werden.

Frau Brederlow bemerkte, dass man hinsichtlich des wichtigen Projektes eine Einigung finden sollte.

Frau Ranft beantragte eine Auszeit von 5 Minuten.

Herr Kohlert gab bekannt, dass die CDU/FDP Fraktion für eine Vollzeitstelle plädiert, um den steigenden Bedarf in diesem Stadtteil abzusichern. Eine fachliche Begründung muss dementsprechend vorliegen.

Herr Dr. Wend bat Herrn Kramer das Ergebnis der kurzen Auszeit zu erläutern.

Herr Kramer teilte mit, dass eine dreiviertel Stelle mit der Summe von 55.000 Euro als gemeinsames Ergebnis für dieses Projekt verhandelt wurde.

Frau Wießner gab zur Kenntnis, dass die CDU/FDP Fraktion ihren Antrag für eine Vollzeitstelle zurückzieht und somit dem Antrag von Herrn Kramer folgt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Befangene Mitglieder: Sparte B - **Frau Gaby Hayne**

Herr Dr. Wend

Laufende Nummer 30. Villa Jühling e.V. 2018

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Herr Dr. Wend rief zur Behandlung der sozialraumübergreifenden Projekte auf.

Die Mitglieder, die einem Mitwirkungsverbot gemäß § 33 KVG LSA unterlagen, setzten sich in den Gästeraum.

Befangene Mitglieder: Sparte A - **Frau Kerstin Köferstein, Frau Gaby Hayne**

Herr Dr. Wend

Laufende Nummer 37. Friedenskreis Halle e.V. 2018

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**



Herr Dr. Wend

Laufende Nummer 39. Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ Halle- Saalekreis e.V. SCHIRM Projekt

Herr Kramer beantragte eine Erhöhung von + 15.000 Euro für dieses Projekt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Herr Dr. Wend

Laufende Nummer 42 Internationaler Bund Mitte gGmbH – Schulsozialarbeit an der zweiten Integrierten Gesamtschule Halle 2018

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Herr Dr. Wend

Laufende Nummer 44 St. Johannis GmbH gemeinnützige Gesellschaft für soziale Dienstleistungen - LOOP

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Befangene Mitglieder: Sparte B **Frau Susanne Willers, Frau Heike Wießner, Herr Dr. Wend**

Frau Gellert

Laufende Nummer 49 Freiwilligen-Agentur Halle-Saalekreis e.V. Große für Kleine-Lern- und Bildungspatenschaften für Kinder von 6 – 14 Jahren. 2018

Herr Kramer berichtete, dass dieses Projekt aus zwei Patenprojekten zugunsten eines neuen Konzeptes gegründet wurde. Er beantragte 30.000 Euro für eine Personalstelle einzustellen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Herr Dr. Wend

Laufende Nummer 50 Bürgerstiftung Halle – Max geht in die Oper 2018

Herr Schachtschneider bemerkte, dass zum Projekt 50 und Projekt 53 „Max geht in die Oper“ zwei gleiche Projekte ersichtlich sind.

Frau Gellert wies darauf hin, dass es sich hierbei um unterschiedliche Projekte handelt.

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Herr Dr Wend

Laufende Nummer 51 Deutscher Kinderschutzbund Bezirksverband Halle (Saale) e.V.
Kindertelefon, Jugendtelefon und Elterntelefon Halle (Saale)

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Herr Dr. Wend

Laufende Nummer 55 Freiwilligen-Agentur Halle Saalkreis e.V.

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Herr Dr. Wend erläuterte, dass die Beschlussvorlage zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.01.2018 vertagt wird.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Verteilung der zur Verfügung gestellten Fördersummen unter dem Haushaltsvorbehalt für die Jahre 2018 und 2019 für die einzelnen Schwerpunkte/Sparten gemäß:

Anlage A.

2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Förderung der Maßnahmen gemäß Prioritäten-
setzung unter dem Haushaltsvorbehalt für die Jahre 2018 und 2019 in folgenden
Teilbereichen:

Teilbereich I: Sparten A, B im Sozialraum I (SR I)

Teilbereich II:	Sparten A, B	im Sozialraum II (SR II)
Teilbereich III:	Sparten A, B, C	im Sozialraum III (SR III)
Teilbereich IV:	Sparten A, B, C	im Sozialraum IV (SR IV)
Teilbereich V:	Sparten A, A/B, C	im Sozialraum V (SR V)
Teilbereich VI:	Sparten A, B, C, D	für die Sozialraum übergreifend stattfindenden Maßnahmen (SRÜ)

gemäß den Anlagen SR I bis SRÜ.

3. Der Jugendhilfeausschuss beschließt Anträge für Maßnahmen der Schulsozialarbeit für den Zeitraum bzw. Teilzeitraum ab 01.08.2018 für eine spätere Entscheidung zurückzustellen.
4. Der Jugendhilfeausschuss beschließt Maßnahmen für den Zeitraum ab 01.01.2020 abzulehnen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Ausschreibung des Fanprojektes an einen freien Träger Vorlage: VI/2017/03457

Frau Haupt stellte fest, dass das Fanprojekt im Moment nicht existiert, aber Teil der beschlossenen Jugendhilfeplanung ist. Sie meinte, dass der Jugendhilfeausschuss sich zu diesem Sachverhalt verständigen muss.

Frau Ranft erläuterte, dass sie einen sehr hohen Handlungsbedarf in der Fanszene sieht. Das Projekt sollte neu betrachtet werden, um einen neuen Impuls zu finden.

Sie wird sich bei der Abstimmung zu diesem Antrag enthalten.

Herr Schachtschneider bemerkte, dass im Beschlusspunkt 1 und 2 Daten vorhanden sind, die nicht mehr eingehalten werden können. Er fragte, wie der aktuelle Sachstand zu den Vorverhandlungen mit einem freien Träger ist.

Frau Brederlow erläuterte, dass im Antrag verschiedene Punkte vorausgesetzt wurden, die nicht so umgesetzt werden können.

Sie teilte mit, dass bei der Jugendhilfeplanung nicht jede inhaltliche Position ausgeschrieben werden muss. Beim Fanprojekt müssen auf Grund der Drittmittelförderung bestimmte Regularien eingehalten werden. Weiterhin ist zu beachten, dass der Jugendhilfeausschuss nur kommunale Fördermittel vergibt.

Sie informierte, dass es einen momentanen Träger in Leipzig gibt, der in Halle (Saale) tätig werden möchte. Derzeitig laufen Gespräche mit dem Fachbereich Bildung.

Herr Schachtschneider nahm Bezug zur Stellungnahme der Verwaltung. Er wollte wissen, wann die Rahmenbedingungen für die Anerkennung und Förderung von Fanprojekten auf Grundlage des nationalen Konzeptes Sport und Sicherheit vorgestellt werden.

Frau Brederlow schilderte, dass in der Jugendhilfeplanung ausschließlich Bedarfe festgestellt und beschrieben werden. Die Träger haben die Möglichkeit für diese Bedarfe ihre Konzepte einzureichen.

Herr Paulsen ergänzte dazu, dass ein Erstantrag für ein Fanprojekt an den DFB zu richten ist. Dort werden Stellungnahmen von der Koordinierungsstelle Fanprojekt eingeholt. Der DFB entscheidet erst darüber, wenn parallel die Kofinanzierung geklärt ist. Frau Brederlow hat genau dieses Verfahren erläutert.

Herr Schachtschneider fragte, wann ein Ergebnis dazu vorliegen wird.

Herr Paulsen teilte mit, dass im Moment Gespräche geführt werden.

Frau Dr. Schöps wies auf die Intension des Antrages der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM hin. Sie erkundigte sich nach dem weiteren Verfahren zum Antrag. Eine Vertagung bis zum Zeitpunkt, wo ein Träger ein endgültiges Konzept vorlegt, wäre sinnvoll.

Frau Brederlow bemerkte, dass das Anliegen der einzelnen Anträge von der Verwaltung verstanden wird. Sie betonte, dass Punkt 1 und 2 im Antrag nicht realisierbar sind und sich durch eine Vertagung nicht ändern werden.

Herr Dr. Wend schlug vor, diesen Antrag zu vertagen.

Frau Dr. Schöps stimmte dem Vorschlag zu.

Frau Haupt befürwortete ebenfalls die Vertagung bis zum Monat März.

Herr Dr. Wend schlug den Monat Februar vor.

Frau Ranft empfahl, den inhaltlichen Aspekt dieser Beschlussvorlage bei einer Trägerfindung neu zu diskutieren. Eine Aufnahme in den Themenspeicher wäre sinnvoll.

Herr Dr. Wend stellte einen Geschäftsordnungsantrag zur Vertagung des Antrages der Fraktionen *DIE LINKE, SPD, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Ausschreibung des Fanprojektes an einen freien Träger Vorlage: VI/2017/03457* bis zur Februarsitzung des Jugendhilfeausschusses.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

zu 6.2 **Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Kita-Versorgung von Kindern mit fremdsprachigem Hintergrund Vorlage: VI/2017/03286**

Herr Dr. Wend teile mit, dass der Antragsteller um Vertagung in die Februarsitzung des Jugendhilfeausschusses bittet.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

zu 6.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Änderung der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhauses Vorlage: VI/2017/03069

Herr Dr. Wend brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Schachtschneider fragte warum die Aufnahme der Verbindlichkeiten nochmalig geregelt werden muss.

Herr Dr. Wend betonte, dass er diese Frage mit seiner Fraktion bespricht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 6.4 Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Bearbeitung der Prioritätensetzung für die Schulsozialarbeit in Halle (Saale) im Rahmen des ESF-Programms „Schulerfolg sichern“. Vorlage: VI/2017/03660

Herr Dr. Wend brachte den Dringlichkeitsantrag seiner Fraktion ein und begründete diesen. Er betonte, dass zur Beratung nur die Januarsitzung des Jugendhilfeausschuss zur Verfügung steht.

Frau Brederlow teilte mit, dass die Antragstellung am 30.11.2017 war und die Unterlagen mit den zustimmenden Stellungnahmen bereits versandt wurden. Die Anträge wurden ohne eine Priorisierung abgegeben. Im Monat Februar 2018 ist diesbezüglich nichts mehr geplant.

Frau Brederlow wies auf die aufgeführte Schulabbrecherquote hin. Sie verdeutlichte, dass es wenig Sinn ergibt, eine Schulabbrecherquote erst in der 7.,8. oder 9. Klasse zu berechnen. Eine frühzeitige Feststellung ist sinnvoller.

Herr Kramer erläuterte, dass der Begründungstext im Antrag dem Text der Jugendhilfeplanung 2013 widerspiegelt. Die Priorisierung des Textes aus dem Jahr 2013 entspricht nicht mehr den heutigen Maßgaben.

Frau Brederlow sagte, dass die Priorisierung in der Jugendhilfeplanung überarbeitet werden muss. Es wird in den nächsten Tagen von der Verwaltungsspitze ein Schreiben versendet, mit dem Inhalt, dass alle Anträge, die von den Trägern eingereicht wurden, höchste Priorität haben.

Herr Schachtschneider hinterfragte, ob die zur Verfügung stehenden Mittel ausreichend sind, um alle Bedürfnisse zu erfüllen. Es wurden Kriterien als Prioritäten beschlossen und nach Schulformen gegliedert. Er betonte, wenn es sich darauf verlassen kann, dass alle gleich behandelt werden, egal was vorher beschlossen wurde, dann könnte man den Dringlichkeitsantrag zurückziehen.

Frau Köferstein bemerkte, dass in den fachlichen Voten die Priorisierung erwähnt wurde. Dies müsste im Schreiben von der Verwaltung berücksichtigt werden.

Herr Deckert informierte, dass eine Priorität nach Schulformen vorhanden ist. Der Fachbereich Bildung hat danach die Voten ausgerichtet. Es ist in den 51 Voten ersichtlich, dass das jeweilige Konzept geeignet und wünschenswert ist. Es ist erkennbar, dass die Verwaltung alle Projekte für förderlich hält und der Bedarf gesehen wird.

Herr Schachtschneider fragte, wie kann die Verwaltung falls es zur Streichung kommt dagegen steuern, dass nicht die gestrichen werden, die bereits angelaufen sind.

Frau Brederlow erläuterte, dass es zu einem in dem Schreiben der Verwaltung aufgeführt werden könnte. Das Schreiben der Verwaltung wird eine klare Positionierung ausdrücken. Die Notwendigkeit einer Schulsozialarbeit an den Schulen steht außer Frage.

Herr Schachtschneider bemerkte, dass die geschilderte Art und Weise zum Sachverhalt von Frau Brederlow, die Intension des Antrages der CDU/FDP Fraktion ist. Der Inhalt des Textes im Verwaltungsschreiben soll genauso formuliert werden. Er fragte, ob die Verwaltung dafür garantieren kann.

Herr Dr. Wend teilte mit, dass Frau Brederlow es bereits bestätigt hat.

Herr Schachtschneider zog den Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP Fraktion zurück.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Vorstellung Projekt LösBar

Die Vorstellung des Projektes LösBar wurde vertagt.

zu 8.2 **Aktueller Stand LQE-Verhandlungen**

Der aktuelle Stand der LQE- Verhandlungen wurde von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Anmerkung: Die Mitteilung ist in Session hinterlegt.

Frau Dr. Radig ergänzte, dass die nächste Mitteilung zu den LQE – Verhandlungen in der Februarsitzung erfolgen wird.

zu 8.3 **Arbeitsstand Erstellung eines Präventionskonzeptes**

Frau Brederlow informierte anhand einer Präsentation über den Arbeitsstand der Erstellung eines Präventionskonzeptes.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

zu 8.4 **Bericht zur Situation von geflüchteten Kindern und Jugendlichen**

Der Bericht zur Situation von geflüchteten Kindern und Jugendlichen wurde von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Anmerkung: Die Mitteilung ist in Session hinterlegt.

zu 9 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

zu 9.1 **Frau Haupt zum Thema Schulverweigerer**

Frau Haupt berichtete, dass es eine Gruppe unter den Schüler*innen gibt, denen es nicht gelingt, regelmäßig zur Schule zu gehen, bei denen dies aufgrund einer akuten psychischen Erkrankung der Fall ist. Einige schaffen es in dieser Zeit gar nicht, in die Schule zu gehen. Auf einen ambulanten oder stationären Behandlungsplatz muss man derzeit in der Regel lange warten. Bis zum Beginn einer Behandlung verstreicht wertvolle Zeit in einer kritischen Lebensphase.

Sie fragte, ob es ein Angebot für Kinder- und Jugendhilfe gibt, das die Lücke zwischen Anfangszeit der Erkrankung und Beginn einer therapeutischen Behandlung überbrückt und dabei die Schulfähigkeit aufrecht gehalten werden kann.

Herr Kramer wollte wissen, ob sie den Bereich der Angststörung meint. Das Kind ist dann nicht in der Lage in die Schule zugehen.

Frau Haupt bejahte dies.

zu 10 Anregungen

zu 10.1 Frau Dr. Schöps regte den Beginn des Jugendhilfeausschusses um 17:00 Uhr an

Frau Dr. Schöps regte an, den Beginn des Jugendhilfeausschusses wieder auf 17:00 Uhr zu setzen. Sie erwähnte, dass durch den späteren Beginn der Sitzung die Konzentration leidet.

zu 10.2 Frau Ranft regte an, den Beginn des Jugendhilfeausschuss auf 17:00 Uhr festzusetzen.

Frau Ranft regte ebenfalls diesen Beginn 17:00 Uhr an. Sie erwähnte, dass es eine Vertretung für den Ausschussvorsitzenden gibt und diese auch genutzt werden sollte.

Herr Dr. Wend wies darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss am Donnerstag weiterhin um 17:00 Uhr beginnt. Er machte darauf aufmerksam, dass die verschobene Anfangszeit nur den Ausschusstag Dienstag betrifft. Es geht ihm nicht darum, unbedingt die Sitzung zu leiten, sondern er möchte den Kontakt zum Ausschuss nicht verlieren.

Herr Dr. Wend betonte, dass er den Jugendhilfeausschuss in seiner Aufgabe sehr ernst nimmt.

zu 10.3 Herr Petrick regte eine Vorstellung des Working Act Kostüm des Kinder und Jugendrates an

Herr Petrick informierte über die ersten Postkarten und das dazugehörige neue Maskottchen des Kinder- und Jugendrates. Er regte an, dass sich der Kinder- und Jugendrat im Jugendhilfeausschuss im neuen Working Act Kostüm vorstellt.

zu 10.3 Themenspeicher

Der Themenspeicher wurde zur Kenntnis genommen.

Da es keine weiteren Anregungen gab, beendete **Herr Dr. Wend** die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Detlef Wend
Ausschussvorsitzender

René Lukas
stellv. Protokollführer